

## Für eine wehrhafte Demokratie - Antrag zur Trierer Erklärung

Lage, den 12.3.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kalkreuter,

Die Fraktionen CDU, SPD, FDP, Aufbruch C und Bündnis 90/ Die Grünen bitten Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates am 14.3.2024 zur Beschlussfassung zu stellen.

### **Antrag und Begründung:**

In unserem Land wächst ein politischer und religiöser Extremismus, der unser solidarisches Miteinander, unsere Grundrechte, unsere Freiheit und unsere demokratische Republik verachtet.

Wir halten dem Stand –**gegen** Rassismus und **für** unsere wehrhafte und wertvolle Demokratie!

Auf Grund der bekannt gewordenen Geheimpläne zu massiver **Remigration** hat es deutschlandweit etliche große Demonstrationen gegeben. So auch in Lage.

Der Rat der Stadt Lage bekräftigt, für unsere Grundwerte zu einzustehen; denn die aktuelle Situation ist ein Auftrag für alle demokratischen Parteien, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft gegen rechte wie linke Demokratiefeinde einzustehen.

**Vor diesem Hintergrund beantragen wir, der Rat der Stadt Lage möge sich der sogenannten ‚Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages‘ vom 18.01.2024 anschließen.**

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Ute Habigsberg-Bicker

Anlage: Trierer Erklärung des Deutschen Städtetags vom 18.01.2024

### **Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages**

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen

und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.